

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/24

Bonn, den 4. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Schweigen...</u> Französische Parlamentarier in der Zone	26
1	<u>Konfusion</u> Zum Westhandel mit den Ostblockstaaten	25
2	<u>Richtig helfen!</u> SPD-Minister korrigiert "Grünen Plan"	45
3	<u>Hessen verstärkt Jugendarbeitsschutz</u> Vorsorgeuntersuchungen künftig Vertragsbestandteil Von Frank Sommer	45
4 + 5	<u>Sozialdemokratie und Freiheit</u> Bemerkungen zu einem Buch von Susanne Miller	77
6	<u>Gegen die Zeitungsmonopole in Schweden</u> Diskussion über geeignete Maßnahmen Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Basten	41

Chefredakteur Günter Markscheffel

Schweigen...

Französische Parlamentarier in der Zone

sp- In letzter Zeit haben wieder einige Parlamentarier-Delegationen aus Frankreich die Sowjetzone besucht. Es waren Gaullisten, Volksrepublikaner und Kommunisten; Sozialisten beteiligten sich nicht. Die Reden, die hierbei gehalten wurden, lassen erkennen, dass zwischen den französischen Parlamentariern und der Sowjetzone in zunehmendem Maße Verbindungen aller Art geschaffen werden sollen. Selbstverständlich benutzt die Zonenpresse derartige Reisen zu Propagandaaktionen gegen die Bundesrepublik. - Bei diesen Vorgängen sind zwei interessante Aspekte festzuhalten. Es ist bekannt, dass die in die Zone reisenden französischen Parlamentarier dies mit Billigung des französischen Außenministeriums tun. Das ist schon merkwürdig, aber noch merkwürdiger ist es, dass man nie etwas darüber gehört hat, ob und wie die CDU/CSU versucht haben, ihren Einfluss bei den französischen Parlamentariern dahin geltend zu machen, dass solche Reisen nicht stattfinden. Es ist bekannt, dass Gaullisten und Volksrepublikaner (MRP) gute Beziehungen zur CDU/CSU haben. Sogar gemeinsame Tagungen wurden bereits durchgeführt. Man darf daher gespannt sein, ob die deutschen Regierungsparteien diese Verbindungen ausnutzen werden, um den französischen Parlamentariern klarzumachen, was sie mit ihren Reisen in die Zone anrichten. Wenn früher einige Aussenseiter der britischen Labour-Party in die Zone reisten, erhob sich in der Bundesrepublik jedesmal großes Geschrei, das in der Aufforderung an die SPD gipfelte, sich von diesen Zonenreisenden zu distanzieren. Jetzt, da es sich um französische Parlamentarier mit guten Verbindungen zur CDU/CSU handelt, herrscht tiefes Schweigen.

Konfusion

Zum Westhandel mit den Ostblockstaaten

sp- Auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen des Westens mit den Ostblockstaaten und dem kommunistischen China gibt es keine Harmonie, keine gemeinsame Abstimmung, es herrscht gewissermaßen Narrenfreiheit. Jeder Staat handelt nach seinen eigenen Wünschen und Interessen oder unter dem Druck von Interessenten. So sind die Amerikaner verstimmt über die kritischen Omnibuslieferungen nach Kuba; die Briten wiederum beneiden die Bundesrepublik um ihren Anteil am Osthandel, der alle anderen Lieferungen aus westlichen Staaten, jede für sich betrachtet, in den Schatten stellt. Die Franzosen senden immer mehr Handelsdelegationen nach Moskau und nach Peking. Amerikaner und Kanadier haben durch ihre Weizengeschäfte mit der Sowjetunion ihre Goldvorräte beträchtlich aufgestockt. Altbundeskanzler und CDU-Vorsitzender Adenauer ist darüber den USA gram geworden; wäre es nach ihm gegangen, sässen die Amerikaner und Kanadier noch auf ihren Weizenbergen und die Russen auf ihrem Gold. Nicht bekannt ist, wie Adenauer und die Männer aus seiner Umgebung nun das französische Werben um den chinesischen und russischen Markt beurteilen. - Die Verwirrung im Westen kommt den kommunistischen Staaten zustatten. Sie ziehen daraus grösste Vorteile. Sie bestimmen die Konditionen und es bekräftigt sich bei ihnen die Vorstellung, der kapitalistische Westen habe sich jetzt auf einen Wettlauf zu den Märkten der kommunistischen Welt eingelassen, bei dem sie über den längeren Atem verfügen - eine irriige Vorstellung, doch hat sie politische und psychologische Konsequenzen. Man wird sie zunächst in Kauf nehmen, ist doch eine westliche harmonische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Osthandels vorläufig nicht abzusehen. Hier tut noch jeder, wie er es selbst für gut befindet - sehr zum Schaden der inneren Geschlossenheit des NATO-Bündnisses.

Richtig helfen!

SPD-Minister korrigiert "Grünen Plan"

sp- Die Bundesrepublik hat mit der Landwirtschaft Sorgen. Sie steht damit nicht allein auf der Welt, denn durch die Entwicklung der Technik ist die Industrie in allen Staaten der Erde der Landwirtschaft vorausgeeilt. Andererseits gibt es aber noch Millionen Menschen auf der Erde, die hungern. Es ist daher eine falsche Schlussfolgerung, wenn manche Experten einer Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion das Wort reden. Im Gegenteil, jeder Staat muss der Landwirtschaft helfen, sich der Entwicklung der Gesamtwirtschaft anzupassen. In Europa zeichnet sich diese Entwicklung in den Zielen der EWG ab. Die Forderungen dieser Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind - besonders im Zeitraum der Umstellung - für die Landwirte der einzelnen Staaten mitunter nur durch Einkommensminderungen zu erfüllen. Den Regierungen dieser Länder stellt sich daher die Aufgabe, den betroffenen Landwirten in irgendeiner Form, zumeist durch Subventionen, Hilfe zu leisten.

In der Bundesrepublik geschieht das durch die Massnahmen des "Grünen Planes", die finanziell einen nicht unwesentlichen Teil des Bundeshaushalts ausmachen und von vielen Seiten des deutschen Volkes stark kritisiert werden. Die SPD verlangt seit Jahren, dass die im "Grünen Plan" vorgesehenen Subventionen sich nicht nur als soziale Hilfsmassnahmen auswirken. Sie will, dass die Mittel, die der Steuerzahler aufbringt, den Bauern in die Lage versetzen, sich den Erfordernissen des gemeinsamen Marktes anzupassen. Das Ziel der SPD ist es also, die Gelder, die nach dem "Grünen Plan" eingesetzt sind, der Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe zugutekommen zu lassen. Sie hat bisher bei diesem Bestreben weder bei der Bundesregierung und leider auch nicht hundertprozentig beim Deutschen Bauernverband Erfolg gehabt. Daher ist es bemerkenswert, und ganz besonders zu begrüssen, dass der Niedersächsische Landwirtschaftsminister Kubel (SPD) nunmehr den gordischen Knoten zerhauen hat und die 35 Millionen DM, die in seinem Haushaltsplan für den sogenannten "zweiten Milchpfennig" eingesetzt sind, für diesen Zweck streichen und zur Hergabe von zinsverbilligten Krediten verwendet wissen will. Dass diese Massnahme gute praktische Auswirkungen haben wird, ging schon aus den Äusserungen eines niedersächsischen Bauern hervor, der in der Sendung "Report" des Deutschen Fernsehens erklärte, dass ihm mit den 200 DM, die er jährlich von dem zweiten Milchpfennig aus dem "Grünen Plan" erhalte, nicht so gedient sei, als wenn er statt dessen einen zinsverbilligten Kredit erhalten könnte, der ihn in den Stand setzen würde, einen neuen Stall zu bauen und ihm so die Möglichkeit geben würde, seine Landwirtschaft rentabler zu gestalten.

Hier zeigt sich, wie r i c h t i g geholfen werden kann und auf welche Weise das vom Steuerzahler aufgetragene Geld tatsächlich unsere Landwirtschaft konkurrenzfähig macht.

+ + +

Hessen verstärkt Jugendarbeitsschutz

Vorsorgeuntersuchungen künftig Vertragsbestandteil

Von Frank Sommer

Hessen verstärkt den Jugendarbeitsschutz. Zwar haben sich von den 47 000 Schulentlassenen des Jahres 1963 rund 40 000 einer ersten ärztlichen Untersuchung aufgrund des Jugendarbeits-Schutzgesetzes unterzogen, bevor sie ihr Lehr- oder Anlernverhältnis antraten; jedoch betrug die Zahl der im gleichen Gesetz vorgesehenen Nachuntersuchungen nur rund 10 000.

Diese Zahl soll jetzt durch energische Massnahmen gesteigert werden. Jedem Lehr- und Anlernvertrag wird künftig ein Merkblatt über die Untersuchungspflicht beigelegt werden. Darüber hinaus sollen die Untersuchungen vertraglich verankert werden. Lehr- und Anlernverträge sollen nicht eher in die Handwerkerrolle oder in das Handelsregister eingetragen werden, bis der Untersuchungsnachweis erbracht ist.

Aufklärung in den Schulen

Der Ausschuss für Jugendarbeitsschutz beim hessischen Sozialministerium wird in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium des Landes Mappen mit Unterrichtsmaterial über den Jugendarbeitsschutz zusammenstellen und an die Lehrer sämtlicher Schulen in Hessen weitergeben. Diese Mappen sollen sogar in die amtlichen Lehrpläne der berufsbildenden Schulen aufgenommen werden, die gegenwärtig neu bearbeitet werden.

Im Herbst werden in mehreren Städten und Landkreisen Hessens in den Berufsschulen Fragebogen-Aktionen durchgeführt, die Aufschluss über Art und Umfang von Verstössen gegen die Jugendarbeits-Schutzbestimmungen geben sollen. Aufgrund dieser Umfrageergebnisse, die vom Statistischen Landesamt ausgewertet werden, werden dann von den staatlichen Gewerbe-Aufsichtsämtern die geeigneten Massnahmen ergriffen.

Gegen die Kinderarbeit

Auch Kinderarbeit ist - so unglaublich das klingen mag - noch nicht überall ausgerottet. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Berufs- und Fachverbänden soll deshalb Material über die Arbeit von Kindern, besonders in der Landwirtschaft, zusammengestellt werden. Es wird die Grundlage eines Erlasses des Hessischen Sozialministers bilden. Dieser Erlass wird einen Katalog aller grundsätzlich verbotenen Arten von Kinderarbeit enthalten.

Die Jugendarbeits-Schutzgesetze in der Bundesrepublik entsprechen in ihrer jetzigen Form weitgehend nicht den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Es wird noch eines zähen Ringens und harter Arbeit im Parlament bedürfen, bis auch auf diesem Gebiet die Vorstellungen der SPD verwirklicht sein werden. Bis dahin ist es wichtig, in den einzelnen Bundesländern, in denen die Politik von den Sozialdemokraten bestimmt oder doch massgeblich beeinflusst wird, eine möglichst weitgehende Auslegung der bestehenden bundesgesetzlichen Regelungen zu erreichen. Hessen geht mit seinen neuen Massnahmen auch hier wieder mit gutem Beispiel voran.

Sozialdemokratie und Freiheit

Bemerkungen zu einem Buch von Susanne Miller

- * Susanne Miller, "Das Problem der Freiheit im Sozialismus -
- * Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozial-
- * demokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit" - Euro-
- * päische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main.

* * *

Politische Freiheit erstreben und sie schließlich auch durchzusetzen - das kann eine politische Strömung unter Umständen auch dann, wenn sie eine Zeitlang scheinbar nicht imstande ist, sich von der politischen Freiheit einen klaren Begriff zu machen. Das erweist sich am Beispiel der Frühgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, die unter diesem Aspekt in dem soeben erschienenen Werk von Susanne Miller dargestellt wird. Der wissenschaftliche und politische Wert dieser Untersuchung liegt darin, daß sie deutlich macht, wie weit Theorie und Praxis auseinanderfallen können.

Die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie hat sich von Anfang an auf zwei unterschiedlichen Ebenen bewegt. Die eine Ebene war der politische Tageskampf, bei dem es darum ging, Staat und Gesellschaft Stück für Stück im Sinn sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Freiheit umzuwandeln. Die andere Ebene - sie mag für die politischen Vorstellungen der damaligen Sozialdemokraten bezeichnend gewesen sein - umfaßte die Vision einer von Grund auf anderen als der überkommenen Gesellschaftsordnung.

* * *

Beide Ebenen berührten sich in der Idee von der sozialen Revolution. Diese sollte alle Klassengegensätze endgültig überwinden und zu einer neuen Menschheitskultur führen. Die Vorstellungen über Form und Verlauf dieser Revolution waren wiederum sehr unterschiedlich und zudem bei den einzelnen Richtungen in sich widersprüchlich. Einig war man sich lediglich in den großen Zügen: daß die Revolution im Interesse der Mehrheit und schließlich im Sinne der ganzen Menschheit liege.

Noch weniger präzise war man, als festgelegt werden sollte, was "am Tage danach" käme. Hier herrschte Einigkeit im Negativen: Das private Eigentum an den Produktionsmitteln sollte abgeschafft werden und damit sollten die wirtschaftlichen Grundlagen gesellschaftlicher Ungleichheit entfallen. Im grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms wurde die "Vergesellschaftung der Produktionsmittel" als die einzige Maßnahme angesehen, die vor sich aus alle weiteren grundlegenden Umwälzungen bewirken und "die Freiheit" herstellen sollte.

- * "Damit wurde die Freiheit", so schreibt Susanne Miller,
- * "gleichsam als das notwendigerweise sich einstellende Er-
- * gebnis einer durch die ökonomische Sozialisierung geschaf-
- * fenen Gleichheit erwartet."

* *
*

Man wußte damals schon so gut wie heute, daß "der Teufel im Detail steckt". Ihrem Fazit, "daß die Sozialdemokraten in ihrer Programmatik theoretisch das eigentliche Problem der Freiheit verkannt haben", fügt die Verfasserin dann die andere Seite hinzu: "Ein völlig anderes Bild bietet sich, wenn man die programmatischen Forderungen der Sozialdemokraten für die praktische zeitgenössische Politik betrachtet. In ihrem unmittelbaren politischen Wirken traten sie stets uneingeschränkt für demokratische Gleichberechtigung und demokratische Freiheiten ein, selbst da, wo diese ihre politischen und weltanschaulichen Gegner begünstigten."

Die Verfasserin erklärt dann, aufgrund welcher sozialen und politischen Umstände der theoretische Radikalismus der frühen Sozialdemokratie, "der zu ihrer Praxis in Gegensatz stand", herbeigeführt wurde. Die Struktur der Macht in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat von damals mußte diese Folgen hervorrufen. Eine Klärung ihres Freiheitsbegriffs war der Sozialdemokratischen Partei erst nach einer längeren Reihe von historischen Erfahrungen möglich, zu denen "die Erfahrungen mit totalitären Herrschaftssystemen und die mit der Entwicklung in demokratischen Ländern - insbesondere in England, Skandinavien und den USA" gehören.

- * "In einem über Jahre sich hinziehenden Prozeß der Klärung
- * ihres Standorts hat die SPD nach 1945 ihre marxistische
- * Tradition aufgegeben. Sie hat sich schließlich in ihrem
- * 1959 in Bad Godesberg angenommen 'Grundsatzprogramm'
- * zu dem bekannt, was sie in Wahrheit schon immer war:
- * eine demokratische, soziale Reformpartei, die in Konkur-
- * renz oder in Zusammenarbeit mit anderen Parteien Staat
- * und Gesellschaft gestalten will."

* *
*

Das Werk von Susanne Miller ist von hohem Rang. Es stellt einen bedeutenden Beitrag zur Geschichte der Sozialdemokratie dar, der ebenso den Politikern wie den Historikern dienlich sein wird. Die Darstellung ist überzeugend, klar und plastisch. Über seine historiographischen und literarischen Vorzüge hinaus greift das Buch in den Bereich der politischen Philosophie hinein, weil es zugleich eine ausgezeichnete Studie über Politik und Selbsterkenntnis ist.

Hermann Bortfeldt

Gegen die Zeitungsmonopole in Schweden

Diskussion über geeignete Maßnahmen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Sollen die Inseraten-Einkünfte der schwedischen Presse durch eine Sonderabgabe besteuert werden, damit man dem Zeitungstod entgegenzutreten kann? Diese Frage wird in Schweden lebhaft diskutiert. Ein Regierungsausschuß, der sich mit den Monopolisierungstendenzen innerhalb des Zeitungswesens beschäftigt, überlegt unter anderem, ob es an der Zeit sei, daß der Staat durch Besteuerung der Inserate eine Gesundung der Presse herbeiführt.

Der Hintergrund der Diskussion über den staatlichen Eingriff ist die Tatsache, daß seit 1945 nicht weniger als 61 Tageszeitungen eingegangen sind. Alles deutet darauf hin, daß das Zeitungsterben weitergeht, wenn nicht etwas unternommen wird, um diese Entwicklung zu bremsen. Von den 61 "gestorbenen" Zeitungen waren 56 vom Typ des "Generalanzeigers". Die sozialdemokratische Presse Schwedens hat in der Zeit zwischen 1945 und 1963 eine Auflagen-erhöhung um 148 Prozent gehabt, während die sich "bürgerlich" nennende Presse eine Auflagen-Steigerung von nur 46 Prozent hatte.

Die Merkmale im Konkurrenzkampf der schwedischen Presse sind fast die gleichen, wie die in Großbritannien und Amerika. Verschiedene Zeitungen verfügen durch die Menge der Inserate über so erhebliche Geldmittel, daß sie in der Lage sind, ihre Plätter wesentlich billiger zu verkaufen. Die größte Zeitung Schwedens liefert für 107 Kronen im Jahr ihren Abonnenten ein Blatt, das doppelt so groß ist wie jede andere Stockholmer Zeitung. Der Grund dafür ist in den enormen Inseraten-Einkünften zu suchen, die dazu beitragen, die Auflage in die Höhe zu jagen, obwohl der Unterschied in der Textmasse unerheblich ist. Die genannte Großzeitung hatte 1963 eine Auflage von 370.000, was für skandinavische Verhältnisse ausserordentlich hoch ist.

Überlegungen, was für die Presse getan werden könnte, gehen davon aus, daß es für die Demokratie und damit für die öffentliche Meinungsbildung unumgänglich ist, den Monopolisierungstendenzen im Pressewesen Einhalt zu gebieten. Selbstverständlich ist der Gedanke, daß die Inserate einer Sondersteuer unterliegen sollen, die von den Zeitungen an den Staat gezahlt werden, sehr unstritten.

Eine zweite Möglichkeit zur Rettung der kleinen Tageszeitungen besteht in der Errichtung eines zweiten kommerziellen Fernsehens, das von der gesamten Presse betrieben und in Erwägung gezogen wird. Überhaupt spielt die Frage Zeitung - Rundfunk - Fernsehen eine sehr große Rolle bei der Auseinandersetzung über die Schwierigkeiten der mittelgroßen und kleineren Tageszeitungen. Ein Resultat der Überlegungen über ein Werbefernsehen wird im Laufe des Jahres erwartet.